

Arbeitslos

Zur Lebenssituation Arbeitsloser und den sozialen Folgekosten der Arbeitslosigkeit

Die Zahl der Arbeitslosen hat im letzten Monat wieder die magische Millionen-grenze übersprungen. Für alle, die sich den Blick durch Zweckoptimismus noch nicht haben vernebeln lassen, ist das schockierend. Es muß jetzt leider befürchtet werden, daß 1980 das 6. Jahr sein wird, in dem bei uns rund 1 Million Menschen arbeitslos sind. Eine klägliche Bilanz für SPD und FDP.

Arbeitslosigkeit bedeutet für die Betroffenen nicht in erster Linie Armut, sondern sozialer Abstieg, familiäre Belastung, soziale Isolierung und das Gefühl individuellen Versagens. Die Belastungen und Kosten, die daraus für den einzelnen und die Gesellschaft entstehen, werden in der öffentlichen Diskussion kaum berücksichtigt. Nachfolgend eine Dokumentation (ohne tabellarischen Teil), die der Vorsitzende des Bundesfachausschusses Sozialpolitik der CDU, Adolf Müller (Remscheid), MdB, kürzlich in Bonn der Öffentlichkeit vorgestellt hat.

Arbeitslose – im Abseits von Gesellschaft und Politik

Arbeitslosigkeit ist ein schweres Schicksal. Nicht nur, daß die finanziellen Möglichkeiten, den Lebensunterhalt zu bestreiten, erheblich eingeschränkt sind und der berufliche Lebensinhalt verlorengegangen ist, sehen sich Arbeitslose zuweilen darüber hinaus Vorurteilen ausgesetzt, die ihre Situation zusätzlich erschweren. Mit der Gewöhnung der Öffentlichkeit an die Arbeitslosigkeit setzt die Verdrängung ihrer individuellen Folgen ein. Medien, Bürger und Politiker stumpfen zunehmend gegenüber dem Einzelschicksal ab. Die Kommentare nach Bekanntwerden der jeweils neuesten Arbeitsmarktzahlen werden zum einplanbaren Stehsatz. Jede noch so leichte Trendverbesserung kann zur Belastung des Arbeitslosen werden, wenn er rechtfertigen muß, daß er dennoch oder immer noch arbeitslos ist.

Neue Wege und Maßnahmen sind erforderlich, diesem Problem seine materiellen, sozialen, familiären und psychischen Schrecken zu nehmen.

Fortschritte beim Abbau der aktuellen Arbeitslosigkeit sind nicht zu verkennen, nachdem die Bundesregierung inzwischen wenigstens einen Teil der sozial- und

wirtschaftspolitischen Forderungen der CDU erfüllt hat. Das ist erfreulich: Für jeden, der eine neue Beschäftigung findet, und für die Solidargemeinschaft aller, die nach fünf Jahren erfolgloser Politik erstmals wieder etwas stärker entlastet wird. Diese Entlastung ist wahrscheinlich jedoch nur von kurzer Dauer. Im Jahresdurchschnitt werden auch in diesem Jahr 900 000 Menschen arbeitslos sein. Schon auf Grund der demographischen Entwicklung ist in den kommenden Jahren mit weiteren erheblichen Belastungen des Arbeitsmarktes zu rechnen.

Hinzu kommt die wettbewerbsbedingte Notwendigkeit, zu technisieren und zu rationalisieren. Gerade deshalb wird das Ausmaß fortdauernder Arbeitslosigkeit heute eine ernste Gefahr: es muß verhindert werden, daß sich eine Schicht neuer Arbeitslosigkeit über die bestehende Arbeitslosigkeit schiebt, damit den jetzigen Arbeitslosen nicht jede Hoffnung genommen wird, wieder Anschluß an den Arbeitsmarkt, an Beruf und Gemeinschaft zu finden.

Angesichts dieser politischen Herausforderungen sowie der menschlichen und sozialen Folgelasten der Arbeitslosigkeit ist es politisch unverantwortlich, wenn Bundeskanzler und SPD/FDP versuchen, die jetzige Arbeitslosigkeit (Stand der Arbeitslosigkeit im September 1979: rd. 737 000) schon als annähernde Vollbeschäftigung umzudeuten und damit das Problem wegzuinterpretieren. „... Heute wissen wir, daß 2 % Arbeitslosigkeit schon einhergehen mit einer erheblichen Rezession und schweren psychologischen und politischen Rückwirkungen. Wir würden also aus politischen Gründen — und als Sozialdemokrat sage ich auch aus sozialen Gründen natürlich — 2 % Arbeitslosigkeit als eine schwere Fehlentwicklung der Wirtschaft ansehen.“ (H. Schmidt am 27. Juni 1972). Diese Erkenntnis ist nicht dadurch heute falsch, daß nunmehr H. Schmidt Bundeskanzler und zusammen mit der SPD/FDP-Koalition maßgeblich für die Arbeitslosigkeit verantwortlich ist. Betrübliche Tatsache aber ist, daß wir nunmehr noch länger mit 2 % und mehr Arbeitslosen werden rechnen müssen.

Arbeitslosigkeit bedeutet heute zwar meist nicht mehr in erster Linie Armut, obwohl Armut und Arbeitslosigkeit immer noch eng miteinander verknüpft sind (vgl. z. B. die Studie: „Begleiter der Arbeitslosigkeit: Abstieg und Armut“, vorgelegt von Staatsminister Dr. Georg Gölter, Rheinland-Pfalz).

Arbeitslosigkeit bedeutet heute für viele sozialer Abstieg, familiäre Belastung, soziale Isolierung und das Gefühl individuellen Versagens. Die Belastungen und Kosten, die daraus für den einzelnen und die Gesellschaft entstehen, werden in der öffentlichen Diskussion kaum berücksichtigt.

Nach einer Umfrage des Allensbacher Instituts sind 59 % der Bundesbürger überzeugt, daß es „unter denen, die zur Zeit arbeitslos sind, viele gibt, die nicht arbeiten wollen“; Arbeitslose werden vielfach zu Kostgängern der Gesellschaft abgestempelt, die das Netz der sozialen Sicherung als Hängematte mißbrauchen. Die Politik der Bundesregierung wirkt diesem weitverbreiteten Vorurteil nicht

wirkungsvoll entgegen. Im Gegenteil: ihr scheint dieses Vorurteil willkommen. Denn je mehr die Öffentlichkeit den einzelnen Arbeitslosen für die Arbeitslosigkeit verantwortlich macht, um so weniger wird nach der Verantwortung der politisch Verantwortlichen gefragt.

Die öffentliche Bewußtseinslage und die von SPD/FDP verfolgte Strategie treibt im Endergebnis viele Arbeitslose noch tiefer in Verzweiflung und Mutlosigkeit.

Mit der Neuen Sozialen Frage hat sich die CDU das Ziel gesetzt, „die Machtlosen und Minderheiten in der Gesellschaft im Wettstreit um die materiellen und immateriellen Güter zu schützen“ (Ziff. 100 Grundsatzprogramm der CDU). Das Schicksal der Arbeitslosen und ihrer Familien ist eine neue soziale Frage geworden.

Sicherlich ist nicht zu bestreiten, daß es auch Arbeitslose gibt, deren Lebensunterhalt — auf welchem Wege auch immer — so gesichert ist, daß ihr Interesse, eine neue Beschäftigung zu übernehmen, erheblich erlahmt. Diese Arbeitslosen sind aber eine kleine Minderheit, die nicht zum Maßstab für die Bedeutung der Lage der Arbeitslosen gemacht werden darf. Der großen Mehrheit der Arbeitslosen würde dadurch schwereres Unrecht geschehen.

Psychosoziale und gesundheitliche Auswirkungen der Arbeitslosigkeit

Arbeitslosigkeit hat meist nicht nur materielle Folgen, sondern auch erhebliche Auswirkungen auf das Lebensgefühl und die Gesundheit der Betroffenen, auch wenn die Vorurteile gegenüber den Arbeitslosen noch immer stark genug zu sein scheinen, diesen Aspekt aus der öffentlichen Diskussion zu verdrängen.

Inzwischen gibt es eine ganze Reihe von Untersuchungen, die sich mit den psychischen und den physischen Auswirkungen der Arbeitslosigkeit beschäftigen. Sie alle kommen zu denselben, alarmierenden Ergebnissen.

Die verantwortlichen Politiker der Regierungsparteien ließen sich dazu bis jetzt nicht vernehmen, obwohl doch wenigstens die kostenmäßigen Folgen dieser gesundheitlichen und sozialen Auswirkungen der Arbeitslosigkeit Aufmerksamkeit erregen sollten.

Im Gefolge der Arbeitslosigkeit: Depression, Krankheit, Selbstmord

Für die meisten Mitglieder unserer Gesellschaft gilt das Ausüben einer Arbeit, das Beschäftigtsein, als wesentlicher Bestandteil des sozialen Status eines Menschen.

So ist es nicht verwunderlich, wenn Arbeitslose bei einem großen Teil der Bevölkerung ein schlechtes Image haben: 59 % der Deutschen halten von den Arbeitslosen nicht viel (WELT vom 23. Januar 1978). Wer eine Arbeitsstelle hat, hat Sicherheit, hat Zukunftsperspektive, hat zudem das Gefühl, nützlich zu sein. Mit dem Verlust des Arbeitsplatzes geht dieser positive Halt vielfach verloren.

Dieser Verlust hat zahlreiche Folgen:

Bei einer Untersuchung im Jahre 1975 gaben 55 von 100 Arbeitslosen als stärkste individuelle Belastungen ausschließlich nicht materielle an, 13 % nannten finanzielle und nicht finanzielle, und nur 32 nannten nur finanzielle Belastungen.

Dies zeigt deutlich, daß für viele der Betroffenen die finanziellen Probleme der Arbeitslosigkeit hinter den Belastungen im psychosozialen Bereich zurückbleiben, was sich auch in der Tatsache äußert, „daß der Durchschnitt der Arbeitslosen im Bereich der mittelschweren Depressivität liegt“. Da es sich hierbei um einen Durchschnittswert handelt, muß ein Teil der Arbeitslosen sehr stark von Depressivität betroffen sein.

Die Gründe hierfür sind statistisch ermittelt:

— Viele Arbeitslose fühlen sich nutzlos für Gesellschaft und Familie. Bei einer Befragung des IAB gaben 53 % der Arbeitslosen an, sie kämen sich überflüssig vor. Insgesamt 31,8 % hatten in der Familie häufiger als sonst Ärger.

— Viele Arbeitslose wissen auch mit ihrer „Freizeit“ nichts anzufangen. 55 % der Arbeitslosen geht das Zuhause sein auf die Nerven.

— Die meisten Arbeitslosen verlieren den Anschluß an die Gesellschaft. Ihnen fehlt der Kontakt zu Kunden und Kollegen (52,6 %): „Jetzt arbeite ich noch in einer Gemeinschaft, und ich kann mit meinem Kollegen über unsere gemeinsamen Schwierigkeiten reden. Aber wenn ich ein paar Monate draußen stehe, dann stehe ich allein.“

— Viele Arbeitslose haben keine Zukunftsperspektive. Sie können nicht mehr planen; oft können sie sich weder Urlaubs- noch Konsumwünsche erfüllen. Über 70 % der Arbeitslosen sind sehr beunruhigt, weil sie nicht wissen, ob sie wieder eine neue Stelle bekommen.

— Die Mitmenschen, die noch einen Arbeitsplatz haben, reagieren auf den Arbeitslosen mitleidslos und unbarmherzig: Für sie sind Arbeitslose nur zu oft Drückeberger, Leute, die auf Kosten der Allgemeinheit ein faules Leben führen. Selbst dort, wo freie Arbeitsplätze zu besetzen sind, tritt man Bewerbern, die vom Arbeitsamt geschickt werden, mißtrauisch entgegen; Arbeitslosigkeit wird in manchen Firmen geradezu als Ablehnungsgrund für eine Einstellung genannt. Diese ungerechtfertigte Diskriminierung führt zu weiterer gesellschaftlicher Isolierung und Vereinsamung.

Eine Folge ist die Depressivität vieler Arbeitsloser. Passivität, Resignation, Planlosigkeit, Apathie, Hoffnungslosigkeit und mangelndes Selbstvertrauen sind die

Symptome. Tendenziell am stärksten belastet sind Arbeitslose im Alter zwischen 45 und 55 Jahren und die Langzeitarbeitslosen. Hinzu kommen erhebliche Kosten für die Gesellschaft; z. B. in der Krankenversicherung.

In extremen Fällen führt die Depressivität der Arbeitslosen bis zum Selbstmord: In Zeiten hoher Arbeitslosigkeit ist eine erhöhte Selbstmordrate zu beobachten. Dies ist nicht weiter erstaunlich, denn Depressivität gilt als eine der Hauptursachen für Selbstmord; zur Illustration nur eine Zeitungsmeldung von vielen: „Aus Verzweiflung darüber, daß sie arbeitslos war, hat sich eine 38jährige Versicherungsangestellte aus München in Tutzing vor einen Zug geworfen. Sie war sofort tot. Die 38jährige hatte bereits seit einem Jahr vergeblich nach einer neuen Stelle gesucht und war wegen der Ergebnislosigkeit ihrer Bemühungen immer mehr dem Alkohol verfallen.“ (Süddeutsche Zeitung vom 8. Februar 1979)

Die Folgen: Krankheit und Erhöhung der Mortalität

Zu den psychischen und sozialen Auswirkungen der Arbeitslosigkeit treten körperliche Krankheiten, die durch Arbeitslosigkeit mit verursacht oder verstärkt werden. Die These, daß Arbeitslose „im Durchschnitt nicht kränker oder gesünder als der Durchschnitt der Beschäftigten“ sind, wird durch die Ergebnisse anderer Untersuchungen stark in Zweifel gezogen: In einer amerikanischen Studie z. B. wurden bei Arbeitslosen im Vergleich zu Beschäftigten verstärkt krankhafte Werte von Blutzucker, Magensäure und Harnsäure festgestellt. Hierdurch werden u. a. Diabetes, Magengeschwüre und Gicht verursacht. Ferner sind bei Arbeitslosen die Risikofaktoren für Koronarleiden und Herzinfarkte in überdurchschnittlicher Häufigkeit nachgewiesen: überhöhter Cholesterinspiegel, Übergewicht, hoher Blutdruck, erhöhte Katecholaminausschüttung und zuviel Blutzucker. Arbeitslose erkranken dieser Studie zufolge auch nachweisbar öfter als andere Menschen an Zwölffingerdarmgeschwüren, Fettsucht, Dyspepsie und Gelenkleiden. Hinzu kommen funktionelle Abdominalbeschwerden, essentielle Hypertonie und Leberzirrhose. Auch wenn sich USA-Verhältnisse nicht ohne weiteres auf die Bundesrepublik Deutschland übertragen lassen, verdeutlicht die Studie doch die besorgniserregenden Begleiterscheinungen der Arbeitslosigkeit. Diese Aufzählung ist sicher nicht vollständig.

Klarheit sollte jedoch darüber bestehen, daß sowohl die Behandlung dieser Krankheiten als auch die volkswirtschaftlichen Produktions- und Konsumausfälle, die sie im Gefolge haben, von der Allgemeinheit in Form von wirtschaftlichen Wachstumsverlusten zu bezahlen sind. Von humanitären Gesichtspunkten ganz zu schweigen.

Die Erkenntnisse dieser Studien sind aber noch zurückhaltend im Vergleich zu Brenners Ergebnissen: Brenner weist nach, daß eine Steigerung der Arbeitslosenrate um 1 % die Gesamtmortalität der Bevölkerung um 1,9 % ansteigen läßt, wobei u. a. die Mortalität bei Herz-Kreislauf-Krankheiten um 1,9 % und bei

Leberzirrhose ebenfalls um 1,9 % zunimmt. Das heißt, auf die Bundesrepublik Deutschland übertragen, daß z. B. eine Erhöhung der Arbeitslosenzahl um etwa 200 000 Arbeitslose die Zahl der Sterbefälle im Jahr um rd. 13 000 steigen läßt (in der Bundesrepublik Deutschland sterben jährlich rd. 700 000 Menschen). Und dies betrifft Menschen aller Altersschichten, die von Arbeitslosigkeit betroffen sind. Hinzu kommt eine nicht genau ermittelbare Zahl von zusätzlichen Krankheitsfällen, wie sie oben beschrieben wurden.

Die „Folgekosten“

Durch die Erhöhung der Mortalität und der Krankheitsfälle im Gefolge der Arbeitslosigkeit entstehen der Volkswirtschaft beachtliche Kosten. Schließlich gehen in Kosten-Nutzen-Analysen z. B. bei Verkehrswegeplanungen ja auch die volkswirtschaftlichen Werte vermeidbarer Verkehrsoffer ein (siehe z. B. Bundesverkehrswegeplan 1. Stufe, Bundestagsdrucksache 7/1045, Ziff. 227 und 229 sowie Tabelle 66). Geht man einmal davon aus, daß ein getöteter Verkehrsteilnehmer genausoviel bedeutet wie ein an den individuellen Folgen der Arbeitslosigkeit gestorbener Mensch, kommt man unter Zugrundelegung der von Brenner ermittelten Zahlen zu jährlichen Kosten in Milliardenhöhe.

So ermittelte Brenner für die USA durch den 1,4%igen Anstieg der Arbeitslosigkeit im Jahre 1970 Kosten in Höhe von mindestens 21 Mrd. Dollar, die allein durch die durch Arbeitslosigkeit hervorgerufenen Krankheiten und Todesfälle entstanden sind. Für die Bundesrepublik Deutschland stehen solche Untersuchungen noch aus.

Deshalb wäre es wichtig, wenn die Krankenkassen prüfen würden, um wieviel teurer sie ein Arbeitsloser im Vergleich zu einem Beschäftigten kommt. Es ist jedenfalls zu erwarten, daß ein Arbeitsloser die Gesellschaft wesentlich mehr kostet, als bis jetzt angenommen wurde, wenn man die Kosten für das Gesundheitswesen zu den Kosten für den vorübergehenden Produktionsausfall und die Arbeitslosenversicherung usw. hinzuaddiert.

Strategien gegen Passivität, Mutlosigkeit und politische Phantasielosigkeit

In ihrem Programm „Herausforderungen an eine zukunftsorientierte Wirtschaftspolitik“ hat die CDU erneut die wichtigsten Strategien zur Überwindung der Arbeitslosigkeit aufgezeigt.

Zur Beseitigung der Dauerarbeitslosigkeit sind vor allem eine Verbesserung der Qualifikation Arbeitsloser, aber auch Maßnahmen erforderlich, welche die Ohnmachtsgefühle der länger Arbeitslosen brechen und ihrer sozialen Isolierung

entgegenwirken. Dies ist auch in mittelfristiger Perspektive unerlässlich: Nach übereinstimmenden Prognosen wird uns eine hohe Arbeitslosigkeit trotz zeitweiliger Erfolgsmeldungen bis weit in die achtziger Jahre begleiten (vgl. Anlage 1). Gesellschaft, Wirtschaft und Politik werden sich demnach auf längere Sicht dem Problem Arbeitslosigkeit stellen und ihm mit neuen Formen der Hilfe und der personalen Solidarität begegnen müssen.

Dabei wird es wesentlich darauf ankommen, einerseits Vorurteile der Gesellschaft gegenüber den Arbeitslosen abzubauen sowie andererseits Arbeitslose nicht zu einer sich verfestigenden sozialen Randgruppe werden zu lassen.

Weitgehend außer acht sind bisher Maßnahmen und Aktivitäten geblieben, die differenziert an den individuellen und sozialen Bedürfnissen des einzelnen Arbeitslosen ansetzen:

Förderung von Selbsthilfe-Initiativen; viele Arbeitslose haben spontane Aktivitäten entfaltet, um auf ihre Probleme aufmerksam zu machen und zugleich in der Solidarität gleichfalls Betroffener Halt zu finden. Wir fordern die Arbeitsämter auf, sich als Anlauf- und Clearingstelle entsprechender Aktivitäten zur Verfügung zu stellen und den Arbeitslosen zugleich als Informationsbörse zu dienen.

Verstärkte Angebote von Gesprächs- und Arbeitsgruppen für Arbeitslose sowie Angebote einer sinnvollen Gestaltung ihrer „Freizeit“; wir fordern Verbände, Kirchen und Volkshochschulen auf, durch entsprechende Angebote stärker als bisher den Belangen und Problemen Arbeitsloser Rechnung zu tragen. Das gilt insbesondere für Gebiete mit überdurchschnittlich hoher Arbeitslosigkeit.

Maßnahmen zum Abbau von Vorurteilen gegenüber Arbeitslosen; wir fordern Organisationen wie die Aktion Gemeinsinn auf, durch ihre Aktivitäten zu helfen, das Bild des Arbeitslosen in der Öffentlichkeit positiv zu verändern.

Forschungsaufträge der Krankenkassen und ihrer Dachorganisationen, die einen Beitrag leisten können, die gesundheitlichen Auswirkungen und die individuellen wie gesamtwirtschaftlichen Folgekosten von Arbeitslosigkeit transparent zu machen; wir fordern die Krankenkassen und Krankenkassenverbände auf, entsprechende Forschungsaufträge zu vergeben und evtl. vorhandene Ergebnisse der Öffentlichkeit bekannt zu machen.

Als Anreiz dienende verbesserte Zuwendungen der Bundesanstalt für Arbeit zur Förderung der öffentlichen Mobilität, die dem Arbeitslosen weitgehend die zusätzlichen Aufwendungen abnehmen, die mit einem Arbeitsplatzwechsel verbunden sind. **Verbesserte Lohnkostenzuschüsse bei zusätzlicher Beschäftigung schwer vermittelbarer Arbeitsloser.** Das AFG ist entsprechend zu ergänzen.

Perspektiven des Arbeitsmarktes

Die Politik des Abfindens mit Arbeitslosigkeit ist gefährlich: Sie belastet die Zukunft mit einer schweren Hypothek. In den nächsten Jahren drängen die

geburtenstarken Jahrgänge auf den Arbeitsmarkt. In diesem Jahr werden 1,02 Millionen Jugendliche, im nächsten Jahr 1,05 Millionen und 1981 1,08 Millionen die Schulen verlassen. Zudem schätzt z. B. das Ifo-Institut das Trendwachstum für die 80er Jahre auf 3,5 % — pro Jahr also 1,5 Prozentpunkte weniger als in den 60er Jahren. Und über die mittelfristige Entwicklung des Arbeitsmarktes urteilt das Wirtschaftsforschungsinstitut: „Arbeitslosenzahlen unter 1 Million sind in den nächsten Jahren nicht sehr wahrscheinlich, 1,5 Millionen jedoch realistisch.“ Erst ein Wachstum von mindestens 5 % würde zu einem hohen Beschäftigungsstand zurückführen.

Zu noch pessimistischeren Arbeitsmarktprognozen kommt das PROGNOSE-Institut:

In einem Gutachten über die längerfristige Wirtschafts- und Arbeitsmarktentwicklung der Bundesrepublik Deutschland rechnet das Institut bis 1980 mit 3,5 % Wirtschaftswachstum und angesichts der geburtenstarken Jahrgänge für 1985 mit 1,9 Millionen beschäftigungslosen Menschen. Die vielfache Hoffnung, nach 1985 würde die Arbeitslosigkeit aufgrund der demographischen Entwicklung deutlich abnehmen, wird von PROGNOSE aus folgenden Gründen in Frage gestellt:

a) PROGNOSE hält es für möglich, daß sich informationstechnologische und organisatorische Fortschritte, insbesondere die Mikroelektronik, schneller als bisher ausbreiten und zu einem Trendbruch bei der Produktivitätsentwicklung führen, „dies deshalb, weil die Arbeitsplätze des produzierenden Gewerbes in besonders starkem Maße von informationstechnologieabhängigen Rationalisierungsmaßnahmen betroffen werden können“.

b) PROGNOSE glaubt, daß in der Bundesrepublik Deutschland heute bei der Entwicklung und Anwendung der Informationstechnologie gegenüber Japan und den USA eine technologische Lücke besteht „und dadurch die Gefahr gegeben ist, daß beispielsweise der deutsche Maschinenbau zum Zulieferer der japanischen oder amerikanischen Industrie wird, mit entsprechenden Folgen für Wachstum und Beschäftigung in diesen Branchen“.

Damit zeichnen sich weiterhin erhebliche Risiken für die Beschäftigungspolitik ab.